

40 SPANNENDE JAHRE: INTERVIEWS MIT ZEITZEUG*INNEN

BRAUCHT DIE KIRCHE WIRKLICH EINE KOMMISSION FÜR DAS ARBEITSRECHT?

Interview mit P. Johannes Bauer OSB,
Cellerar von Kloster Ettal, Mitglied der Kom-
mission von 1998 bis 2010 (Langfassung)

Pater Johannes, wie sind Sie in die Bayerische Regional-KODA gekommen?

P. Johannes Bauer: Wir haben in Kloster Ettal ein Gymnasium. In den 1990-er Jahren war das Bedürfnis auf Seiten der Schulträger aber auch natürlich auf Seiten der Lehrkräfte groß, zu einem einheitlichen Arbeitsvertrag zu kommen. Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herrschte

Unmut darüber, dass von Schulträger zu Schulträger die Arbeitsverträge und auch die Bezahlung unterschiedlich waren. Die Regional-KODA gab es damals schon. Also hat man eine Lehrerkommission eingerichtet, weil man wusste, dass diese Berufsgruppe nicht mit den sonstigen kirchlichen Angestellten vergleichbar ist. Die Orden konnten von ihrer Seite her Vertreter entsenden und ich bin dazu bestimmt worden. Damals war auch

noch der Abt von Metten dabei und wir haben zusammen die benediktinische Seite vertreten.

Man war in der Kommission immer bestrebt, einheitliche Lösungen zu finden. Das ist auch meine große Kritik, denn man kann nicht zwei Systeme miteinander verbinden. Das ABD heute richtet sich ja am TVÖD aus, früher am BAT. Nun passt das für vergleichbare Berufe, wie zum Beispiel für Hausmeister. Aber gerade bei den Lehrkräften kann man beamtenrechtliche Regelungen mit dem TVÖD meines Erachtens nur schlecht in einem Regelwerk zusammenbringen.



P. Johannes Bauer OSB

© Foto: Riffert

Was sind dabei die Knackpunkte?

P. Johannes Bauer: Die Lehrkräfte an kirchlichen Schulen weisen aus ihrer Sicht zu Recht darauf hin, dass sie ihre Fächer genauso unterrichten wie ihre Kollegen an staatlichen Schulen, dass die Besoldung aber unterschiedlich ist. Beamte haben ein höheres Nettoeinkommen. Durch den TVÖD werden immer mehr verpflichtende Leistungen auf den Dienstgeber umgelegt. Im kirchlichen Schulbereich bedeutet das, dass wir für jede Lehrkraft mehr bezahlen müssen als der Staat für die verbeamteten Lehrer. Und doch hat die Lehrkraft weniger in der Tasche. Die so genannte Nettolücke ist seit Jahrzehnten ein Streitthema.

Ist es für Sie noch relativ einfach, qualifizierte Lehrkräfte zu finden?

P. Johannes Bauer: Gott sei Dank, ja. Wir haben wieder eine ganze Reihe jüngerer Lehrkräfte gefunden, wobei es da auf die Fächerkombination ankommt. Bei Mathematik und in den Naturwissenschaften muss man länger suchen, aber es geht noch.

Wenn Sie sich an Ihre Mitarbeit in der Bayerischen Regional-KODA erinnern, wie ist das abgelaufen, wenn Sie an eine typische Sitzung denken?

P. Johannes Bauer: Die Lehrerkommission hat sich meist in Augsburg zu eintägigen Sitzungen getroffen. Natürlich sind wir auch zu den mehrtägigen Vollversammlungen eingeladen worden. Dort waren die Mitglieder der Lehrerkommission etwas Besonderes. Ich glaube, dass die Vertreter der anderen kirchlichen Dienste etwas argwöhnisch auf die Vertreter der Lehrerkommission geschaut haben. Sie haben sich wohl gefragt, weshalb es eine eigene Kommission braucht

und sie das nicht für die Lehrkräfte mitregeln können. Aber die eigene Lehrerkommission war schon wichtig, weil man diesen Bereich eben nicht eins zu eins mit anderen vergleichen konnte.

Bei unseren Treffen lief es meistens ganz harmonisch ab. Natürlich gab es je nach Seite unterschiedliche Meinungen. Die Dienstgeber haben verständlicher Weise danach gefragt, wie sie das Ganze finanzieren können. Auch das ABD ist letztlich ein steuerfinanziertes Tarifsystem, wohingegen die Ordensgemeinschaften päpstlichen Rechts wie der Benediktinerorden nicht an der Kirchensteuer teilhaben. Sie haben es deshalb schwerer.

Die Lehrkräfte, die wir anstellen, müssen wir selbst bezahlen. Natürlich bekommen wir Zuschüsse nach dem staatlichen Schulfinanzierungsgesetz, wir bekommen auch eine freiwillige Zuwendung des Bischofs, die aber von Diözese zu Diözese unterschiedlich hoch ausfällt. Wenn man wirklich will, dass auch Ordensgemeinschaften weiterführende Schulen betreiben, dann kann man sie nicht in der Luft hängen lassen. Es müsste ganz klare Regelungen dafür geben, vor allem, wenn man die Ordensschulen dazu zwingt, das ABD zu übernehmen. Immerhin können die Orden nun besser als früher an Entscheidungen mitwirken.

Welche Erfolge der Kommission sehen Sie?

P. Johannes Bauer: In erster Linie, dass es einheitliche Regelungen für die kirchlichen Schulen gab und niemand den Eindruck haben musste, die Bezahlung hängt von der Willkür oder der guten Laune des jeweiligen Trägers ab. Die Lehrkräfte konnten sich darauf verlassen, dass ihre Interessen in der Lehrerkommission vertreten werden.

Und gibt es auch Punkte, die nicht gut gelungen sind oder wo Sie sich geärgert haben?

P. Johannes Bauer: Das klingt jetzt etwas provokant, aber es ist für mich eine grundsätzliche Frage: Braucht die Kirche wirklich diesen Riesenaufwand eines eigenen Arbeitsrechts? Wenn wir auf den Prozess der europäischen Einigung schauen, dann dürfte sich die Kirche künftig ohnehin immer schwerer tun, ihre arbeitsrechtlichen Besonderheiten durchzusetzen. Und dann frage ich mich schon, ob es notwendig ist, diesen Riesenapparat zu unterhalten oder ob es nicht besser wäre, einfach den TVÖD in vollem Umfang anzuwenden oder den kirchlichen Beamtenstatus einzuführen, wenn sich die Kirche das leisten wollte.

Ich bin dem kirchlichen Arbeitsvertragsrecht gegenüber grundsätzlich etwas skeptisch eingestellt. Wissen Sie, wir haben hier in Kloster Ettal viele Betriebe mit insgesamt 180 weltlichen Mitarbeitern – vom Klosterladen übers Hotel bis hin zur Schule. Wir haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht in der Kirche sind, die aber trotzdem sehr engagiert für uns tätig sind. Wir haben auch muslimische Mitarbeiter.

Wir haben evangelische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in leitenden Positionen. Mir kommt es zunächst auf die Arbeitsleistung an, dann auf die Konfessionszugehörigkeit.

Interview: Gabriele Riffert

Das Gespräch fand am 14. Juni 2018 in Kloster Ettal statt.

